

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #39/2017

25. November 2017

Die Fragen stellte Alexandra Singpiel, Studentin der Humanitären Hilfe, Fellow der AU-EU Youth Plug-In Initiative.

Alexandra Singpiel:

Liebe Frau Bundeskanzlerin, nächste Woche treffen sich Staats- und Regierungschefs aus Europa und Afrika zum 5. AU-EU Gipfel – dieses Mal unter dem Motto „Zusammen für die Jugend, mit der Jugend“. In einer noch nie da gewesenen Jugendinitiative habe ich zusammen mit 35 jungen Menschen von beiden Kontinenten an einer Jugendagenda gearbeitet. Im Bereich Bildung sehen wir interkulturellen Dialog und Mobilität zwischen den Kontinenten als Grundlage für ein friedvolles Miteinander. Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik setzt den Fokus eher auf Verstärkung der Grenzen. Wie sehen Sie die Rolle der Afrikanischen und Europäischen Union bei der Förderung der grenzübergreifenden Lernmobilität?

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Ja, erstmal finde ich es wunderbar, dass sich in Vorbereitung dieses Gipfels nicht nur Staats- und Regierungschefs treffen, sondern auch junge Menschen aus der Europäischen Union und Afrika zusammenarbeiten und uns dort auch etwas präsentieren. Und ich glaube, wir müssen zwei Dinge unterscheiden: Das eine ist, dass natürlich jeder Staat seine Grenzen schützt und auch der Kontinent Europa – wenn er in seinem Innern Freizügigkeit hat und praktisch keine Grenzkontrollen mehr hat – natürlich seine Außengrenzen auch schützen muss. Da geht es darum, Schleppern zum Beispiel das Handwerk zu legen, die ja bewusst – und das noch für viel Geld – Menschenleben in Gefahr bringen. Das heißt aber nicht, dass der legale Austausch, so wie er ja zwischen normalen Ländern auch stattfindet und wie wir ihn gewöhnt sind – durch Visa-Erteilung oder durch Möglichkeiten zu studieren oder durch Berufsausbildungsmöglichkeiten – nicht gefördert wird. Aber das muss zwischen den Staaten vereinbart werden, das muss auf legalen Wegen passieren; da dürfen Menschen dabei nicht in Gefahr geraten. Und diese Form des Austauschs wollen wir natürlich fördern, durch Berufsausbildungshilfe, durch Unterstützung für Universitäten, auch durch Studienmöglichkeiten. Das heißt also, wir arbeiten an der Verbesserung der Bildungschancen in den afrikanischen Ländern im Rahmen unserer Entwicklungszusammenarbeit, und wir arbeiten daran, dass natürlich auch mehr Austausch zwischen unseren Ländern möglich ist, das heißt: Partnerschaft mit Afrika.

Derzeit wird viel in Afrika investiert, lassen Sie mich hier nur den „Marshallplan mit Afrika“ nennen. Auf der anderen Seite sehen wir überall in Europa einen Zuwachs zu rechtsnationalen und fremdenfeindlichen Gruppen. Wie wird das die Debatte um eine echte Partnerschaft mit Afrika und das Engagement beeinflussen und was plant die Bundesregierung in dieser Hinsicht zu unternehmen?

Wir haben auf der einen Seite in der Tat Pläne zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas; der Begriff „Marshallplan“ ist sicherlich der eingängigste, hat in Afrika auch sehr viel Unterstützung bekommen. Allerdings sagen die afrikanischen Staats- und Regierungschefs auch, dass sie nun Taten sehen wollen. Und ich finde erst einmal

gut, dass die Afrikanische Union sich selbst eine Agenda gegeben hat, mit der sie bis 2063 bestimmte Entwicklungsprojekte realisiert haben will. Und wir haben in unserer G20-Präsidentschaft einen neuen Pfad aufgemacht, nämlich mit den „Compacts with Africa“, also Verträgen mit Afrika, mit den Afrikanern darüber zu sprechen: Wie können wir die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten stärken, und wie können wir also auch private und öffentliche Gelder in einem Maße kombinieren, dass daraus wirklich wirtschaftliche Dynamik entsteht? Und für mich ist ganz wichtig, dass es eben mit Afrika ist und nicht für Afrika, denn das ist ganz falsch. Die Afrikaner haben selber Vorstellungen, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Und da müssen wir mit ihnen zusammenarbeiten.

Immer mehr junge Menschen geraten trotz guter Ausbildung in wirtschaftliche Abhängigkeit. Wie schaffen wir es, junge Menschen auf beiden Kontinenten für den zukünftigen Arbeitsmarkt fit zu machen und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, die es jungen Menschen ermöglichen, auf eigenen Beinen zu stehen?

Sie haben es ja eben selbst gesagt: Es gibt eine Reihe von Vorurteilen, es gibt Abschottungstendenzen, weil wir in europäischen Ländern große Probleme zum Beispiel mit der Jugendarbeitslosigkeit haben, aber natürlich in Afrika in vielen Ländern auch Hoffnungslosigkeit herrscht. Und deshalb heißt die Aufgabe, überall Menschen, jungen Menschen Chancen zu geben; das heißt Berufsausbildung, das heißt, nicht alle müssen studieren, sondern auch praktische Berufe lernen; ich glaube, das ist auch eine deutsche Spezialität mit unserem dualen Berufsausbildungssystem. Deshalb arbeiten wir in Europa an privaten Investitionen, an dem digitalen Binnenmarkt, an Investitionen, an besserer beruflicher Ausbildung, am Zugang zum ERASMUS-Programm für europäische Jugendliche, um einfach – zum Beispiel auch in Deutschland, wo wir noch viele Ausbildungsstellen frei haben – jungen Menschen, vielleicht auch aus europäischen Ländern, Möglichkeiten der Ausbildung zu geben. Und genauso heißt Bekämpfung von Fluchtursachen, wie wir das nennen, natürlich konkrete Hilfe für junge Leute in den afrikanischen Ländern. Da spielt das Thema „Good Governance“ eine große Rolle. Denn wir können noch so viel finanzieren: Wenn anschließend die Regierungen sich nicht wirklich auch um ihre jungen Menschen kümmern, dann hilft das auch nichts. Und deshalb sage ich in vielen Gesprächen mit afrikanischen Führungspersonlichkeiten auch sehr deutlich: Achtet auf eure Jugend, sie ist willens etwas zu tun, sie ist intelligent, sie ist lernbreit. Und Politik muss auch den eigenen Menschen dienen.

Wie ich zu Beginn erwähnte, hatten 36 junge Menschen inklusive mir in den vergangenen Wochen die Chance, konkrete Projekte zu entwickeln und die Zusammenarbeit zwischen beiden Kontinenten zu stärken. Wie planen Sie in der Zukunft junge Menschen in Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen über Grenzen hinweg einzubeziehen, um nicht über, sondern mit uns zu sprechen und uns in unserer Arbeit zu unterstützen?

Ja, ich unterstütze auch auf nationalem Bereich solche Investitionen in die Jugend. Wir haben zum Beispiel schon zwei Mal einen Bürgerdialog durchgeführt. Wir haben immer wieder Runde Tische mit jungen Menschen, wenn wir internationale Verantwortung tragen, zum Beispiel im G20-Prozess, als wir jetzt, in diesem Jahr, die Präsidentschaft hatten, oder als wir die G7-Präsidentschaft hatten. Und jedes Mal

lerne ich eigentlich sehr viel davon, was mir junge Leute dann berichten. Wir haben auch gerade bei dem Thema Integration, also mit den hier bei uns lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, sehr, sehr gute Jugendimpulse. Und da heißt es für dann auch: hinhören und versuchen, viel davon umzusetzen.